

Publiziert in ‚Die Südostschweiz‘ am 22.07.11  
(mit Martin Killias und Martin Thürer)

## **Graubünden im Fusionsfieber: Ein Appell zur Nachdenklichkeit**

Graubünden steckt im Fusionsfieber. Heute zählt man 178 politische Gemeinden von sehr unterschiedlicher Grösse. Die kleinsten haben weniger als 30, die grösste (Chur) 33'000 Einwohner. Am Ende des Ancien Régime waren es 52, also fast so wenige, wie eine kürzlich eingereichte Initiative als künftige Obergrenze festgelegt haben möchte. Doch 1854 hat der kantonale Gesetzgeber die seit altersher bestehenden rund 230 Dorfgemeinschaften („Nachbarschaften“, lat. viciniantia, rom. vischnaunca) zu politischen Gemeinden erhoben und damit die überkommenen Talgemeinden („Gerichtsgemeinden“, rom. Cumin) auf die Rolle von „Kreisen“ reduziert. Dass man Kleinstgemeinden fusionieren möchte, ist grundsätzlich richtig, da hier schon die Besetzung von Ämtern schwierig wird. Allein, man könnte sich durchaus Alternativen wie etwa überkommunale Gebietskörperschaften wie z.B. Schul- oder Spitalgemeinden vorstellen, die im Gegensatz zu Zweckverbänden die demokratischen Institutionen wahren. Das Beispiel der „Region Surselva“ illustriert, dass adäquate Lösungen dieser Art möglich sind. Vor allem aber sollten ökonomische und sprachlich-kulturelle Aspekte beachtet werden. Dies möchten wir hier am Beispiel eines besonders ehrgeizigen Fusionsprojekts („Ilanz plus“) aufzeigen – des grössten in Graubünden.

Zunächst sollte „gross“ nicht mit „effizient“ gleichgesetzt werden. Wenn Gemeinden über eine kritische Grösse hinaus wachsen, können viele Aufgaben nicht mehr nebenamtlich (mit bescheidenen Entschädigungen) bewältigt werden, sondern rufen nach einem Vollamt. Diese heute oft als „Professionalisierung“ gepriesene Tendenz führt meistens zu weniger Bürgernähe, mehr Bürokratie und höheren Ausgaben und Steuern. Wo genau das Optimum liegt, lässt sich nicht generell sagen, aber Fusionsprojekte, bei denen viele kleine Gemeinden zu grossen Einheiten fusioniert werden, lohnen sich rein finanziell gesehen kaum – vom Verlust an Mitbestimmung und Lebensqualität ganz zu schweigen. Dies gilt vor allem wenn – wie im Projekt vorgesehen – die einzelnen Dörfer auch als Fraktionen keinerlei Rechte behalten dürfen.

Im Falle von Ilanz sollen 14 Gemeinden zu einem Gebilde mit über 5'000 Einwohnern zusammengefasst werden. Das dürfte deutlich jenseits der Grösse liegen, ab welcher mehr Kosten als Synergieeffekte zu erwarten sind. Vor allem aber würden dadurch 13 romanische Gemeinden mit Ilanz zu einer zweisprachigen Gemeinde vereinigt. Wenn heute Ilanz als zweisprachige Gemeinde gelten würde, wie man dies bei über 40 Prozent romanischen Einwohnern und laut Art. 16 Abs. 3 des Sprachengesetzes annehmen könnte, ergäben sich in sprachlich-kultureller Hinsicht keinerlei Schwierigkeiten. Allein, in Ilanz hat die deutschsprachige Einwohnerschaft immer darauf gepocht, dass ihre Gemeinde als eine einsprachig-deutsche Bastion in der Surselva zu gelten habe, und die Schlussbestimmungen des Sprachengesetzes (Art. 27) haben solche verfassungsrechtlich bedenklichen Zustände auf alle Zeiten betont. Obwohl die neu zu schaffende Gemeinde eine klare romanische Mehrheit aufweisen wird, sieht das Fusionsprojekt deren Zweisprachigkeit vor. Wer die Praxis mit der „Zweisprachigkeit“ in Graubünden kennt, weiss, dass im Alltag das Deutsche

Publiziert in ‚Die Südostschweiz‘ am 22.07.11  
(mit Martin Killias und Martin Thürer)

die einzige Sprache in der Verwaltung und an Sitzungen sein wird. Das Parlament der „Region Surselva“ zeigt dies deutlich: obwohl vier von fünf Mitgliedern romanischer Sprache sind, verhandelt es fast ausschliesslich in der Sprache der deutschsprachigen Minderheit.

Die romanische Sprache erodiert heute nicht unbedingt geographisch oder demographisch, wohl aber durch einen verringerten Radius der Verwendbarkeit. Ein Fusionsprojekt wie Gross-Ilanz bedeutet, dass in einem intakt romanischen Gebiet diese Sprache aus dem öffentlichen Gebrauch (etwa an Gemeindeversammlungen) verbannt wird. Nachdem auch das Projekt einer zweisprachigen Schule in Ilanz (als Option neben der einsprachig-deutschen Schule) mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, obwohl eine zweisprachige Schule für *alle* Schüler(innen) durchaus im Interesse der Kinder läge, ist nicht zu erwarten, dass Ilanz sich in sprachlicher Hinsicht auf die neuen Mitbürger(innen) zu bewegen wird.

Dies führt zur Frage, ob die faktische Abschaffung der romanischen Amts- und Verkehrssprache in einem grossen Teil der heute noch romanischen Schweiz mit der Verfassung in Einklang zu bringen ist. Der Kanton Graubünden steht in der Pflicht, diese bedrohte Sprache zu erhalten. Fusionsprojekte wie „Ilanz plus“ laufen diesem Gebot klar zuwider. Solange Ilanz sich als einsprachig-deutsch definiert, sind Fusionen romanischer Gemeinden mit der „ersten Stadt am Rhein“ unmöglich. Sie sind auch nicht zwingend, da (zu) kleine Gemeinden in der Surselva zu jahrhundertealten Talgemeinden (wie die Kreise Rueun und Lumnezia) fusioniert werden könnten, die die sprachlich-kulturelle Kontinuität wahren. Überkommene Grenzen haben auch heute ihren Sinn, da sie ihren Einwohner(innen) Identität verleihen. Genau darum werden die Kantone der Innerschweiz nicht zu einem Gebilde „Waldstätten“ zusammengefasst, und aus demselben Grunde wird Graubünden Wert darauf legen, nicht zu einem Kanton „Ostschweiz“ fusioniert und von St. Gallen aus verwaltet zu werden.